

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 10

Artikel: Ein internationales Programm der Linken?
Autor: Sturmthal, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330661>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

verkehr neue Millionen von Besuchern zuführt, die Verkehrsmittel in den Bergen entwickelt und die entlegensten Täler von neuem besiedelt, wenn diesmal freilich auch vorwiegend durch Ferien- und Erholungsheime, Volkshotels, Sanatorien, Altersheime und Sporthäuser. So werden die Dörfchen und Weiler in den Entvölkerungstälern sich erholen, und auch ihre einheimische Bevölkerung wird ein besseres Auskommen finden als heute. Sie wird dieses bessere Auskommen nicht suchen dürfen in der Rückkehr zum Vergangenen, sondern im Vorwärtsschreiten mit der Zeit und ihren neuen, technisch verbesserten Betriebsmethoden, denen sich das Wiederaufleben der uralten, gerade in den Bergen noch erhalten gebliebenen, wenn auch erstarrten Formen des kollektiven Besitzens und Bewirtschaftens hinzugesellen muß. Sorgen wir dafür, daß die heutigen und künftigen Maßnahmen zugunsten der Gebirgsbevölkerung wirtschaftlich und sozialpolitisch das Richtige treffen. Einen menschlichen Naturschutzpark als sehenswerte Reservation des Alten künstlich umhegen und künstlich erhalten zu wollen, kann niemand empfehlen, dem es ernst ist mit wirksamer Hilfe für das Bergvolk im Uebergang.

Ein internationales Programm der Linken?

Von *A. Sturmthal*.

Die britische Unabhängige Arbeiterpartei (ILP.) hat in Gemeinschaft mit dem jüdischen «Bund» und der Unabhängigen Arbeiterpartei Polens, der Norwegischen Arbeiterpartei und dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands folgendes Schreiben an die schweizerische Sozialdemokratische Partei gerichtet:

Die Ausdehnung und Entwicklung der internationalen Organisation des Kapitalismus, die nun die ganze Welt, alle Länder und Völker umfaßt, erheischt zu ihrer wirksamen Bekämpfung und schließlichen Beseitigung eine ebenso ausgedehnte und allumfassende internationale Arbeiterorganisation.

Als oberste internationale Aufgabe der Sozialisten sollte gelten, die bestehenden internationalen Organisationen der Arbeiterklasse so auszubauen, daß sie diese Notwendigkeit erfüllen.

Gegenüber der zunehmenden internationalen Geschlossenheit des Kapitalismus und seinem verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse ist es äußerst wichtig, das Klassenbewußtsein der Arbeiter anzuregen und zu schärfen für sozialistische Zielsetzungen, indem die internationalen Ar-

beiterorganisationen sich zu einer grundsätzlicheren und kampfbereiteren sozialistischen Politik bekennen.

Zu diesem Zwecke ist die mitfolgende «Grundlage für internationale Tätigkeit und Organisation» formuliert worden, damit überall ein Zusammengehen der kampfbereiten Sozialisten erzielt werde.

Die Unterzeichner des Schriftstückes hoffen, durch seine Veröffentlichung die Unterstützung und tätige Mit-hilfe der Arbeiter aller Parteien und Gruppen zu finden, die sich innerhalb der internationalen Organisationen in Uebereinstimmung mit den betonten Zielen erachten.

Mit sozialistischen Grüßen
namens der Unterzeichner John Paton,
Generalsekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Internationale sozialistische Politik.

Grundlage für internationale Tätigkeit und Organisation.

1. Eine internationale Organisation muß in ihrem Umfang universeller Art sein und alle Organisationen umfassen, die sich zum Grundsatz des Klassenkampfes bekennen.

2. Zur Förderung einer sozialistischen Weltpolitik ist wesentlich notwendig: Einigkeit mit den Arbeitern Sowjetrußlands und enge und beständige Verbindung mit den antiimperialistischen nationalen Bewegungen der kolonialen und halbkolonialen Länder in Asien, Afrika und Süd- und Zentralamerika.

3. Programm und Vorgehen sollten enthalten:

a) Die sozialistischen Parteien müssen unabhängig handeln, indem sie offene oder verschleierte Koalitionen mit kapitalistischen Parteien zurückweisen und sich weigern, Verantwortung für solche Regierungen zu übernehmen, bei welchen die Behauptung der Macht von der Unterstützung kapitalistischer Parteien abhängt.

b) Vollständige und bedingungslose nationale Unabhängigkeit aller kolonialen Länder, Antrieb und Unterstützung von nationalen und Arbeiterbewegungen in jenen Ländern und Beistand im Freiheitskampfe der unterdrückten Nationen.

c) Der kapitalistisch-imperialistische Charakter des Völkerbundes sollte entlarvt werden, da er falsche Hoffnungen und Täuschungen wachruft, sowohl was den Antimilitarismus als die Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft anbelangt.

d) Der Militarismus muß als ein Hauptfaktor der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bekämpft werden durch Verweigerung der Ausgaben für Rüstungen, durch Forderung der nationalen Abrüstung und besonders durch Massenaktionen der Arbeiter, statt internationaler «Abrüstungs»-Konferenzen und Verträge kapitalistischer Regierungen.

e) Massenaktionen, die in sich begreifen: Demonstrationen, Streiks und Boykotte in allen Fällen, die für die Arbeiter von internationaler Wichtigkeit sind, revolutionäre Aktionen gegen Faschismus, Militarismus und Krieg, und zur Verwirklichung des Sozialismus, sollten materiell und intellektuell im einzelnen vorbereitet und von der internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisation gutgeheißen werden.

f) Der derzeitigen Phase des Kapitalismus, welche ungeheure, sich weit über die Landesgrenzen erstreckende Kapitalanhäufungen veranlaßt und das

Problem einer von Finanz-Diktatoren geleiteten Kreditpolitik der modernen Rationalisierung, der chronischen Arbeitslosigkeit und der systematischen Ausbeutung der unterworfenen Völker stellt, muß eine sozialistische Wirtschaftspolitik von weltweitem Ausmaß entgegengesetzt werden, die auf der Forderung eines lebensnotwendigen Einkommens fußt; dies ist zu erreichen durch einen Plan der Reorganisation der Produktion und Verteilung und der Sozialisierung der Schlüsselindustrien, der Berg- und Kraftwerke, des Transportwesens, der Landwirtschaft und der Banken.

Zwei Punkte dieses Programms dürften unbestritten und unbestreitbar sein: der Wunsch nach einer Internationale, die alle proletarischen Parteien umfaßt, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, also auch die kommunistischen Parteien, insbesondere die Kommunistische Partei der Sowjetunion*, und die ständige und enge Verbindungen mit den kolonialen Freiheitsbestrebungen unterhält. Wobei allerdings der zwieschlächtige Charakter der kolonialen Freiheitsbewegungen nicht übersehen werden darf, die in sich Bürger, Bauern, Intelligenz und Arbeiter vereinigen.

Streitfragen stellt hingegen der dritte Punkt des Memorandums. Er enthält taktische und theoretische Forderungen, die gesondert kurz besprochen werden sollen.

Zunächst die grundsätzliche *Ablehnung der Koalitionspolitik*. Diese Forderung wird nach den trüben Erfahrungen, die in vielen Ländern mit der Kooperation der Sozialdemokratie und bürgerlicher Parteien in der Regierung gemacht wurden, viel Sympathie finden. Trotzdem scheint sie uns als allgemeine, grundsätzliche Forderung unannehmbar.

In der Form der Koalition verbergen sich vielerlei soziale und politische Verhältnisse. Es entspricht der marxistischen Methode, hinter dieser Form die wirkenden sozialen Kräfte zu suchen. Die Nachkriegsgeschichte Europas hat uns dafür reichlichen Anschauungsunterricht gebracht: die Regierungsbeteiligung sozialistischer Parteien in der Zeit des Umsturzes, die Koalitionen der letzten Jahre in Deutschland und Belgien, in der Tschechoslowakei, in Skandinavien usw. Wenn wir diese Reihe übersehen, so erkennen wir sofort den grundlegenden Unterschied zwischen den Koalitionen der Umsturzeit und jenen in der Periode des stabilisierten Kapitalismus. Waren in der Umsturzeit die Koalitionsregierungen Ausdruck der Vorherrschaft der Arbeiterklasse, die noch nicht stark genug geworden waren, allein zu regieren, so sind später die Koalitionsregierungen Formen geworden, in denen die Bourgeoisie ihre Vorherrschaft ausübte. Je entbehrlicher die Sozialdemokratie für die Regierung ist, um so geringer der Einfluß. Ist sie für

* Das Memorandum spricht fälschlich von den «Arbeitern» Sowjetrußlands, als ob nicht ein Teil von ihnen durch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) bereits der Internationale angeschlossen wäre.

die Regierungsbildung unentbehrlich, so übt sie in der Form der Koalitionsregierung vorherrschenden Einfluß aus. Eine Koalitionsregierung, zu der die Sozialdemokratie bürgerliche Parteien nötigt, ist etwas grundsätzlich anderes als eine Kooperation von Parteien, zu der die Sozialdemokratie sich gedrängt hat. In einem Fall ist die Koalitionsregierung ein Herrschaftsinstrument der Arbeiterklasse, im andern ein Werkzeug kapitalistischer Interessen. So wird auch die Stellung gegenüber den verschiedenen Arten von Koalitionsregierungen verschieden sein müssen. Die Kooperation der Sozialdemokratie mit kapitalistischen Parteien wird dann, wenn sie der Ausdruck eines Gleichgewichts der Klassenkräfte ist, wo kein Partner ohne den andern überhaupt zu regieren vermöchte, anders beurteilt werden müssen, als in jenem Falle, wo die Bourgeoisie ohne und gegen die Sozialdemokratie zu regieren und sich des Koalitionspartners jederzeit zu entledigen vermag. Der erste Fall einer Koalitionsregierung kann auf dem Wege der Sozialdemokratie zur vollen Macht im Staat zur *Notwendigkeit* werden, der zweite Fall entsteht bloß durch den *Wunsch* der Sozialdemokratie, an der Regierung beteiligt zu sein.

Die Forderung nach einer absoluten Ablehnung der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie geht also über das taktisch Mögliche hinaus. Wohl aber drängt sich nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts die Forderung nach der Beschränkung der Regierungsbeteiligung auf jene Fälle auf, wo das Gleichgewicht der Klassenkräfte die Bourgeoisie *nötigt*, die Arbeiterpartei in die Regierung aufzunehmen und ihr wichtige Zugeständnisse im Interesse des Proletariats zu machen. Selbst dann aber darf niemals übersehen werden, daß die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie nur ein *anormaler* Zustand ist, dessen Beendigung so rasch wie möglich erfolgen muß, wenn nicht eine ernsthafte Schwächung der Arbeiterpartei die Folge sein soll. Die Epoche des Gleichgewichts der Klassenkräfte kann nur überwunden werden zugunsten der Vorherrschaft einer der beiden ringenden Klassen. Soll die Sozialdemokratie aus der Koalition nicht geschwächt herausgehen, so muß sie ihren Kampf im Rahmen der internationalen Lage um die Eroberung der vollen Macht weiterführen noch während der Regierungsbeteiligung. Die Eroberung der Macht, nicht die bloße Teilnahme an ihr, ist die Aufgabe, die gegenwärtig von den sozialdemokratischen Parteien West- und Mitteleuropas steht.

Von den *theoretischen* Grundsätzen des Memorandums fordert insbesondere der letzte Punkt zur Kritik heraus. Er ist nichts anderes als eine kurze Zusammenfassung der in «Socialism in our time» (Sozialismus in unserer Zeit) enthaltenen Sozialisierungsideen der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei. Die Grundlage dieses Programms bildet die Idee des

«living wage» (Lebenslohn), der der Motor der Sozialisierung werden soll*.

Die ILP. geht in ihren Sozialisierungsplänen umgekehrt vor, wie beispielsweise Rußland und wie die sozialistische Theorie bisher dachte. Aus dem Kampf um die Lohnerhöhung soll der Impuls für die sozialistische Reorganisierung der Industrie hervorgehen. Die sozialistische Theorie meint, daß umgekehrt durch den Aufbau der sozialisierten Wirtschaft die Voraussetzung für eine Erhöhung des Lebensstandards der Massen geschaffen werden soll. Die ILP. setzt die Prosperität voran und leitet aus ihr die Sozialisierung ab. Die sozialistische Theorie will die sozialistische Wirtschaft aufbauen, um durch sie die Prosperität zu schaffen.

Was bedeutet dieser Unterschied?

Die ILP. verlangt die gesetzliche Festlegung eines Mindestlohnes, der offenbar die niedrigsten Löhne übersteigen soll. Wirtschaftszweige, die diesen Lohn nicht zu zahlen vermögen, weil ihre Rentabilität dies nicht zuläßt, müssen unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Andere, besser ausgestattete, begünstigtere Wirtschaftszweige werden den Mindestlohn zu zahlen imstande sein und ihre Produktion auf privatkapitalistischer Grundlage fortsetzen können.

Sehr deutlich wird dies aus einer Rede, die der damalige Parteivorsitzende der ILP., der Abgeordnete James *Maxton*, am 6. Februar dieses Jahres im Unterhaus hielt. In dieser Rede, die von der ILP. als Broschüre herausgegeben wurde, sagte Maxton über die Durchführung des «Lebenslohnes», den er als «Pfeiler» des ganzen ökonomischen Systems der ILP. bezeichnete:

«Zunächst hat die Nation zu entscheiden, was ein «Lebenslohn» ist, wobei Bedacht zu nehmen ist auf den Stand der Arbeit und der Produktion im Lande, auf die Lebenskosten, auf die anderen Forderungen außer den Löhnen der Arbeiterklasse, die notwendigerweise zu Lasten des Sozialeinkommens gehen, auf das, was für den Unterhalt der Menschen bei angemessener Ausstattung nötig ist, und die Kosten nach dem gegebenen Moment zu berechnen sind. Der Antrag (zu dessen Begründung Maxton sprach) sieht vor, daß nach Feststellung dieses Betrages alle zur Verfügung stehende Maschinerie dazu verwendet werde, den Geltungsbereich dieses Betrages so auszudehnen, daß jeder, der für seinen Lebensunterhalt arbeitet, darunter fällt. Der Antrag sieht weiter vor, daß, wenn es ausreichend klargestellt ist, daß irgendein Wirtschaftszweig auf seiner gegenwärtigen Grundlage aus seinen eigenen Mitteln den «Lebenslohn» nicht

* Die ILP. sieht im «Lebenslohn» eine erste Forderung nach Gerechtigkeit, die die Macht hat, wenn wir ihrer Logik mit Mut folgen, uns rasch zur Verwirklichung eines sozialistischen Staates zu führen. («Socialism in our time».)

zu zahlen vermag, die Regierung das Recht und die Pflicht hat, einzugreifen, um die Angelegenheiten dieses Wirtschaftszweiges so auszugestalten, daß er in die Lage gesetzt wird, dieser seiner Grundpflicht nachzukommen und seinen Arbeitern einen vernünftigen Lebensstandard zu gewähren.»

Diese Unterscheidung zwischen Wirtschaftszweigen, die den «Lebenslohn» zu zahlen vermögen, und solchen, die dazu unfähig sind, wird aber noch ergänzt werden müssen durch eine Unterscheidung nach Betrieben, wenn der Standardlohn einheitlich für die Gesamtwirtschaft Geltung erhält oder wenn er innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige das Niveau der schlechtest gestellten Betriebe übersteigt.

Das bedeutet nun einerseits, daß der Staat die wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Wirtschaftszweige, die unwirtschaftlichst arbeitenden Betriebe übernimmt, während dem Privatkapital die prosperierenden Zweige der Wirtschaft, die günstigst gestellten Betriebe überlassen bleiben. Das bedeutet ferner, daß der öffentlichen Verwaltung die zersplitterten, unübersichtlichen Teile der Wirtschaft unterstellt werden, während die planmäßig angelegten, zentralistisch verwalteten Kartelle, Trusts und Riesenbetriebe weiter unter privatkapitalistischer Leitung verbleiben. Das bedeutet schließlich, daß der sozialisierte Sektor der Wirtschaft die kranken Teile der Gesamtökonomie übernimmt, während dem kapitalistischen Sektor die blühendsten, ertragreichsten Wirtschaftszweige und Betriebe verbleiben.

Dieser «Weg zum Sozialismus» verläuft also genau umgekehrt, als ihn die sozialistische Theorie bisher gewiesen und wie ihn die russische Revolution gegangen ist. Während wir bisher der Meinung waren, die Sozialisierung müsse von den fortgeschrittensten, zentralisiertesten Wirtschaftszweigen und innerhalb dieser von den höchst entwickelten Betrieben ausgehen und fortschreiten, will die ILP. den umgekehrten Weg von den schwächsten Wirtschaftszweigen und den zersplittertesten Einzelbetrieben aus beschreiten. Während bisher nach der Theorie der ausreichende Lohn der Arbeitenden das nächste Ziel der Sozialisierung und diese die Voraussetzung dafür war, soll nun umgekehrt der «Lebenslohn» den Ausgangspunkt und die Sozialisierung das Ergebnis bilden.

Dem kann nicht entgegengehalten werden, daß das Programm der ILP. auch die Sozialisierung der Schlüsselindustrien vorsieht. Denn dieser Punkt ist jedem Sozialisierungssystem eigen. Der wesentlich neue Gedanke, den die ILP. vertritt, ist eben — darüber hinaus — die Wahl des «Lebenslohnes» als Startpunkt für die fortschreitende Vergesellschaftung der gesamten Produktion. Daß diese Idee ungeeignet ist, die Grundlage eines internationalen Aktionsprogramms zu bilden, daß es vor allem kein Programm der «derzeitigen Phase des Kapita-

lismus», der das Problem «der chronischen Arbeitslosigkeit» stellt, sein kann, scheint unabweislich klar.

Dieser Einwendungen war sich die ILP. bewußt. Sie antwortet darauf in ihrem Handbuch: «Die Arbeiterregierung sollte . . . Vollmachten anstreben, um Wirtschaftszweige, die unfähig sind, einen «Lebenslohn» zu zahlen, zur Reorganisierung zu zwingen. Mit dem Wort «Reorganisierung» ist nicht notwendigerweise «Nationalisierung» gemeint. Es wäre töricht, bankrotte Wirtschaftszweige zu übernehmen. Die Wirtschaftszweige, deren Nationalisierung wir vorschlagen, sind die Schlüsselindustrien und von ihnen sind alle, außer dem Bergbau, leistungsfähig.»

Aber diese Antwort vermag den Einwand nicht zu entkräften. Soweit es sich bei der «Living Income Policy», dem Programm des ausreichenden Einkommens der ILP., um ein Sozialisierungsproblem handelt, bleiben die Einwendungen gegen die Ueberführung der schwächsten Teile der Volkswirtschaft in den Gemeinbesitz oder ihre Unterstellung unter die Kontrolle der Gemeinschaft bestehen. Soweit aber nicht an die Sozialisierung der Industrien gedacht wird, die unfähig sind, den «Lebenslohn» zu bezahlen, handelt es sich um nichts anderes als einen durch staatliche Subsidien geförderten Kapitalismus, dessen Reorganisierung und Rationalisierung erzwungen werden soll.

Allerdings ist es unschwer, einzusehen, daß die englische Wirtschaftskrise mit ihrem besondern Charakter derartige Pläne begünstigt. Der relativ geringe Grad der Rationalisierung der englischen Industrie, ihre technische Rückständigkeit hinter der ausländischen Konkurrenz lassen die Reorganisierung unter der Kontrolle der Gesamtheit als wichtigste Voraussetzung für eine Ueberwindung der besondern englischen Krisenursachen erscheinen.

Auf dem Kontinent aber stellt sich diese Aufgabe nicht. Die Rationalisierung des Wirtschaftsapparates wurde in den meisten kontinentalen Ländern nur allzu weit und allzu rasch durchgeführt und damit selbst eine Quelle der Arbeitslosigkeit. Nicht um die Durchführung der Rationalisierung, sondern darum, daß ihre Früchte der Arbeiterklasse zufallen, geht der Kampf in den Industrieländern des Kontinents. Nicht die Erzwingung der Rationalisierung durch staatliches Eingreifen, sondern umgekehrt die Anpassung des viel zu stürmischen Tempos der Rationalisierung an jenes Maß, das mit den Interessen der Arbeiterklasse vereinbar ist, ist hier die Aufgabe. Nicht die zersplitterte, sondern die rationalisierte, technisch höchst entwickelte Industrie soll hier unter die Kontrolle der Gemeinschaft gestellt werden.

In zwei entscheidenden Punkten scheint uns also das Programm ungeeignet, die Grundlage für die Tätigkeit und die Or-

ganisation der Internationale zu bilden. Darüber hinaus wird dem Memorandum der Vorwurf nicht erspart bleiben können, daß es *dort stehen bleibt*, wo die Probleme erst anfangen. So, wenn es von der Einigung der Arbeiterklasse, von der «vollständigen und bedingungslosen nationalen Unabhängigkeit aller kolonialen Länder», von der «Entlarvung des kapitalistisch-imperialistischen Charakters des Völkerbundes» usw. spricht. Erst wenn von diesen höchst allgemeinen Formulierungen zu konkreteren übergegangen wird, ergeben sich die Probleme, die innerhalb der Arbeiterbewegung umstritten sind. Erst eine klare Stellungnahme in diesen Streitfragen kann den Kern eines Programms bilden, um das sich alle sammeln könnten, die für eine entschlossene, selbstbewußtere, von wahrhaft internationalem Geist getragene Kampfgemeinschaft der Arbeiter aller Länder eintreten wollen.

Dieses Programm könnte nur entstehen aus wissenschaftlichen Studien über die Nachkriegsprobleme der sozialistischen Arbeiterbewegung. Für diese aber kann nicht der voluntaristische, sittlich bestimmte Sozialismus der ILP., sondern nur die bewußte, dogmenfreie Anwendung der marxistischen Methode auf die gewandelte Welt wegleitend sein. Aus den so gewonnenen neuen Erkenntnissen allein kann das Programm entstehen, um das sich der aktivste Teil des sozialistischen Proletariats im Kampf um eine aktionsfähige Internationale sammeln kann.

Die Zürcher Stadtratswahlen im Lichte der Statistik.

Von *Emil J. Walter*.

Der Wahlsieg des roten Zürich vom 15. März 1931 hat in der ganzen Schweiz lebhaftes Echo ausgelöst. Es dürfte daher auch weitere Kreise unserer Partei interessieren, auf welchen soziologischen Grundlagen dieser Wahlsieg erfochten wurde. Leider besitzen wir zum Vergleich der erzielten Wahlergebnisse mit der sozialen Schichtung der Bevölkerung nur wenige Anhaltspunkte, da die eidgenössische Berufsstatistik auf die Auszählung der Berufe nach Wahl- resp. Stadtkreisen verzichtet hat. Umfassen schon die einzelnen Wahlkreise, die bei der Wahl des Großen Stadtrates von Zürich mit den acht Stadtkreisen zusammenfallen, eine ganze Reihe armer und reicher Quartiere, so wird dies beim Vergleich großer Wahlkreise, zum Beispiel der Nationalratswahlkreise, noch mehr der Fall sein. Es kann daher der Versuch einer soziologischen Analyse der Wahlergebnisse nur dort mit einiger Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden, wo kleine Wahlkreise